

**Haushaltsrede 2006 der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oelde  
Vorgetragen von Herrn Heinrich Gresshoff (es gilt das gesprochene Wort)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister  
Verehrte Damen und Herren,

das Aufstellen eines Haushaltes unserer Stadt wird mittlerweile bei mir von einem Wechselbad der Gefühle begleitet.

Waren die Haushaltsberatungen im letzten Jahr dadurch gekennzeichnet, dass nach der ersten Einbringung des Haushaltes eine dramatische Verschlechterung eintrat und wir völlig neu beraten mussten, war es in diesem Jahr ganz anders. Wiederum war es so, dass der Bürgermeister im Januar auf Grund der allgemeinen Umstände eine Finanzplanung eingebracht hat, die wirklich nur noch die notwendigsten Ausgaben enthielten, entnahmen aus der Rücklage vorsahen und die Erhöhung der Grundsteuern im Raume stand.

Noch schlimmer kam es auf der Ältestenratsitzung am 6. März. Veränderungen bei den Zuweisungen des Landes und der Kreisumlage, weiter steigende Ausgaben unserer Stadt und eine neue Bewertung der SGB II Situation machten eine Entnahme aus der Rücklage von gut 1,2 Mio. Euro notwendig. Doch dann ließ, Gott sei Dank, die Wende nicht lange auf sich warten. Erhöhte Erlöse bei den Grundstücksverkäufen und eine deutlich verbesserte Gewerbesteuerprognose bringen für uns in diesem Jahr eine deutliche Entlastung. Und so, wie es derzeit aussieht, können wir unsere Rücklagen sogar noch ein wenig aufbauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, wie wichtig die Gespräche zwischen der Verwaltung und unserer Wirtschaft anfangs eines Jahres sind. So wurde bei diesem Treffen vereinbart, mögliche Veränderungen bei den Gewerbesteuerzahlungen frühzeitig bekannt zu geben, um so ggf. auf die Steuerpolitik in unserer Stadt reagieren zu können. Das Ergebnis habe ich vorgetragen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

man tut nicht gut daran in einer Haushaltsrede nur die Probleme seiner Stadt zu beleuchten. Es hat sich im letzten Jahr auch viel Positives in Oelde entwickelt. Vorne an möchte ich das gewaltige Bauprojekt des Aue Park stellen, welches wir im Herbst letzten Jahres einweihen konnten. Zusammen mit all den anderen Immobilien, die dort in den letzten Jahren entstanden sind, ist dort schon ein beeindruckendes Eingangsportal für unsere Stadt entstanden. Auch im nahen Gewerbegebiet A2 steht die Zeit nicht still. Verschiedene Betriebe haben sich dort schon angesiedelt und machen gute Geschäfte. Neue, ernst gemeinte Anfragen für Gewerbeflächen liegen vor. Mit dem Bau einer großen Immobilie soll schon bald begonnen werden, so dass wirklich erkennbar ist, dass es hier weitergeht, dass es noch Menschen gibt die Vertrauen in die Zukunft haben und auch neue Arbeitsplätze schaffen. Für mich ist eines sicher, dass das Gewerbegebiet A2 dort genau das richtige Objekt an der richtigen Stelle ist. Das gleiche gilt auch für das Industriegebiet Marburg. Die Genehmigung des Planfeststellungsverfahrens der Autobahnauffahrt ist ein riesiger Schritt zur Realisierung dieses Industriegebietes die Grundstücke sind gekauft und ich hoffe, dass anstehende Klagen den Baubeginn nicht verzögern können. Es liegen ernst gemeinte Ansiedlungsanfragen vor, die für unsere Region von großer Bedeutung sind, und es wäre einfach nur schade und gar fahrlässig, wenn diese durch eine Klageverzögerung nicht zu realisieren wären. Ich denke gerade das Industriegebiet Marburg bietet uns auf Grund der veränderten Grundstücksverträge enorme Chancen für die Zukunft bei einem geringen Risiko. Solche Voraussetzungen würde sich mancher Unternehmer nur wünschen und ich kann nur an jeden appellieren dieses gemeinsame Projekt mit den Kommunen Rheda-Wiedenbrück und Herzebrock-Clarholz positiv nach außen zu tragen.

## Anlage 1 zu Top 8

Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren,  
Stichwort bauen in Oelde. – Auch wenn nicht zu verkennen ist, dass die Nachfrage nach Bauplätzen in Oelde deutlich rückläufig ist, hat sich unsere Stadt in den letzten Jahren doch enorm weiter entwickelt. Auch wenn noch Bauplätze in Oelde und unseren Ortsteilen in ausreichender Zahl vorhanden sind, müssen wir uns schon heute über die Weiterentwicklung unserer Stadt Gedanken machen. Der sich dramatisch verändernde demographische Faktor unserer Gesellschaft zwingt uns, unsere Zukunft neu zu gestalten und neu zu bewerten. Insbesondere werden die Sicherung unserer lebensnotwendigen Ressourcen, wie Luft, Wasser, Fläche, Energie etc. einen vorrangigen Platz in unserer politischen Arbeit einnehmen müssen. Für unsere Stadt haben wir die Diskussion mit dem Stadtentwicklungskonzept 2015 eingeleitet. Hier gilt es nun die Chance zu ergreifen und uns als moderne zukunftsorientierte Stadt aufzustellen. Bezogen auf die zunehmende Zahl älterer Menschen in unserer Stadt ist es unsere Pflicht, uns schon jetzt Gedanken zu machen, wie wir diese Menschen in Zukunft angemessen und würdevoll unterbringen und pflegen werden. Und dass zu Kosten die finanzierbar sind. Auch hier muss das Stadtentwicklungskonzept 2015 eine Antwort geben. Ein erster wichtiger Schritt entsteht bald auf der alten Moorwiese. Der Orden Maria Magdalena Postel (SMMP) aus Bestwig wird ein neues Konzept für altenbetreutes Wohnen einrichten. Ziel dieses Konzeptes ist es, älteren Menschen so lange es eben möglich ist Ihre Selbstständigkeit zu gewähren und dann bei zunehmender Hilfsbedürftigkeit entsprechende Hilfen anbieten.

Aber auch bei allen anderen baulichen Entwicklungen muss darauf geachtet werden, dass diese altengerecht sind. Wichtig ist mir persönlich dabei, dass ältere Menschen soweit es möglich ist in das Alltagsgeschehen unserer Stadt mit eingebunden sind und es bei uns nicht zu einer Ghettoisierung kommen kann.

Verehrte Damen und Herren,  
ganz wichtig und von oberster Priorität ist für die CDU unser Schul- und Bildungssystem. Seitens der CDU verfolgen wir das Thema der Schulentwicklung sehr intensiv. Unserer Ansicht nach ist eine gute Ausbildung das Wichtigste, was wir unseren Kindern mit auf den Weg geben können. Daher hat das Thema der Bildung bei uns auch allerhöchste Priorität und wir werden in dem Zusammenhang auch keine Kompromisse eingehen. Heute hat die CDU Fraktion einen Antrag in den Rat eingebracht, der insbesondere unsere Hauptschule stärken soll. Durch Zusammenlegung der Roncalli- und Theodor-Heuss-Schule wollen wir unseren Hauptschulstandort stärken. Auf Grund der rückläufigen Schülerzahlen ist eine solche Entscheidung unumgänglich. Wichtig ist mir an dieser Stelle klarzustellen, dass eine solche Änderung in unserem Schulsystem natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen ist, aber es ist unsere Pflicht, uns frühzeitig damit auseinanderzusetzen. Alle Betroffenen müssen bei einer solchen Veränderung mit einbezogen werden. Die Deutlichkeit unseres Antrages soll unterstreichen, wie wichtig uns die Entwicklung unserer Hauptschule ist. Ziel ist es, die Qualität zu erhalten, damit diese nicht irgendwann zu einer Restschule verkommt. Der Name Hauptschule muss weiterhin stehen für eine hochwertige Ausbildung durch qualifizierte Lehrer, für engagierte Schüler die sich optimal aufs Berufsleben vorbereiten, damit unsere Betriebe diese Schüler sozusagen „ungesehen“ übernehmen können. Um eine vorausschauende Planung machen zu können, sind natürlich auch finanzielle Mittel von Nöten. Diese sollen in den Investitionsplan des nächsten Haushalts eingebracht werden, da eine solche Umsetzung eine längere Vorlaufzeit braucht. Durch Zusammenlegung dieser Schulen bieten sich auch neue Perspektiven an anderer Stelle unserer Stadt, die mittelbar davon abhängig sind. Hier möchte ich an die Situation rund um die Overbergschule verweisen.

## Anlage 1 zu Top 8

Auch gehe ich davon aus, dass die Ganztagschule zur Regelschule wird - werden muss. Ansonsten sehe ich für diese Schulform keine Zukunft, erst recht nicht bei den weiterführenden Schulen. Eine offene Ganztagschule wird auch beim besten Willen früher oder später zu einer Verwahrschule. Wie bei der Schulentwicklung konkret vorgegangen wird, soll im Schulausschuss diskutiert werden. Wichtig ist mir nur, dass wir dieses Thema auch in Angriff nehmen und zu einer Empfehlung kommen, damit sich die Schulen damit auseinandersetzen können.

Ein ganz wichtiges Aushängeschild einer Stadt ist auch sein soziales Umfeld. Verglichen mit anderen Städten in unserem Land ist dieses bei uns noch einigermaßen im Lot. Dank einer gut florierenden Industrie und Gewerbes sind die meisten Menschen in der Lage, selber für Ihren Lebensunterhalt aufzukommen. Aber auch für die Menschen, die durch dieses Raster fallen, müssen wir Sorge tragen. Nur leider ist das für uns kaum noch finanzierbar. Haben wir in der Vergangenheit außergewöhnlich gut davon profitiert, das wir uns intensiv um diese Menschen gekümmert und Sie dank „Pro Arbeit“ und der „Ausweg GmbH“ im Arbeitsprozess gehalten haben, ist nun seit Einführung des SGB II alles anders. Heute werden kreisweit alle Bedarfsgemeinschaften zusammengefasst und auf die Städte aufgeteilt. Hier verlieren wir doppelt. Erstens verlieren wir den Lohn unserer guten Vorarbeit und weiter werden wir auf Grund unserer höheren Steuerkraft verstärkt zur Zahlung herangezogen. Alle Bemühungen der Vergangenheit werden durch solch ein pauschales System zunichte gemacht, da wir keinen Einfluss auf die Vorgehensweise anderer Städte haben. Und wenn es sich dann auch noch bewahrheitet, dass der Bund seinen Anteil der Finanzierung um 50% reduzieren will, fangen die Schwierigkeiten erst richtig an.

Wir müssen hier dringend wieder zu unserem alten System zurückkommen, in dem Städte die Hälfte ihrer Bedarfsgemeinschaften selber finanzieren. Sicher ist das Argument der strukturellen Unterschiede in den Städten nicht von der Hand zu weisen, jedoch bin ich der Meinung, dass dieses durch die verbleibenden 50% gut abgedeckt ist; ggf. auch die Inanspruchnahme der Schlüsselzuweisungen.

Wenn Städte nicht ein immenses Eigeninteresse haben, hier durch geeignete Maßnahmen die Kosten zu senken, wird es auch nicht zum Erfolg führen. Hier eine Änderung herbeizuführen, sollte eines der ersten Aufgaben des neuen Landrats sein – und das im Interesse der Kommunen, die alles geben, um diese betroffenen Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Liebe Ratsmitglieder,

wenn wir über SGB II Empfänger reden, sprechen wir in aller Regel über Menschen, die aus einer Notlage heraus, - wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit-, in eine schwierige Lebenssituation geraten sind und die unserer aller Hilfe benötigen. Nur stellt sich mir irgendwann doch die Frage, wie weit muss unser Sozialstaat eigentlich reichen. Was muss ein Staat alles leisten, um modern und sozial gerecht zu sein. Und vor allem drängt sich die Frage auf, kann ein Staat überhaupt all diese sozialen Wünsche erfüllen, die von allen Seiten auf Ihn zugetragen werden? Wir reden heute über Kinderbetreuung unter drei, über kostenfreie Kindergartenplätze, über zu geringes Kindergeld, Studiengebühren sind unsozial usw. Und gleichzeitig wissen wir nicht mehr, wie wir die Renten bezahlen sollen. Werden denn wirklich mehr Kinder geboren, weil es eine U3 Betreuung gibt? Ist es denn wirklich der Wunsch der Eltern, ihre Kinder direkt nach der Geburt möglichst bald in die Hand des Staates zu geben. Wollen wir uns wirklich in einen kompletten Sozialstaat hinein entwickeln, wo wir am Ende gar nicht mit umgehen können? Oder haben wir uns eigentlich nur schon an die soziale Trogfütterung gewöhnt und finden das einfach nur gut und bequem? Ich möchte mit meinen Fragen wirklich nicht den Zeigefinger erheben, doch es ist zu erkennen, dass dem ganzen sozialen System der Endzeitstempel aufgedrückt wird. Ob wir es wollen oder nicht werden wir uns dem globalen Wandel anpassen müssen – und das wird mit Sicherheit nicht schmerzfrei gehen. Die wochenlangen Streiks, wo am Ende sicher keiner mehr weiß, worum es in Wirklichkeit gegangen ist, sind ein solches Zeichen. Auch wir hier

## Anlage 1 zu Top 8

in Oelde werden nicht umher kommen, zu entscheiden, was wir als Kommune in Zukunft überhaupt noch leisten können. Nur eines ist für mich absolut sicher. Nur diejenigen Menschen, die gut ausgebildet sind, werden in diesem Wettbewerb bestehen. Das ist auch der Grund für die CDU, die Ausbildung unserer Jugendlichen an oberster Stelle anzusiedeln. Und um dafür finanzielle Mittel frei zu haben, müssen wir an anderer Stelle sparen. Wir können uns nicht mehr alles leisten, was uns schön und lieb geworden ist. Ich glaube, unsere Bürger spüren das auch. Vor wenigen Tagen durfte ich an einer Diskussionsrunde teilnehmen, die durch die JU organisiert war. Und ich muss bekennen, dass ich angenehm überrascht war, wie verständnisvoll Jugendliche reagieren, wenn man sich die Mühe macht, offen mit Ihnen über die Probleme unserer Stadt zu diskutieren. Sicher schmerzt es sie, dass der Nachtbus nicht mehr fährt und das AST nicht mehr existiert, doch Sie haben genau richtig reagiert, - Sie nehmen's selber in die Hand. Das gleiche gilt für das Freibad Stromberg. Unsere Stadt hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen als 4 Bäder vorzuhalten. Wenn nun ein Trägerverein sich aufmacht dieses Bad zu erhalten, so verdient das schon meine deutliche Anerkennung und Unterstützung, sofern der Trägerverein auch die Trägerschaft wirklich übernimmt. Viel versprechende Vorschläge liegen ja schon auf dem Tisch. Nur wenn es das Ziel ist, Wege zu finden die Verantwortung wieder auf die Stadt zurück zu übertragen, werden wir dem als CDU Fraktion nicht folgen.

Auch bei dem Jugendwerk „Alte Post“ werden wir uns neu organisieren müssen. Der „Alten Post“ wurde durch einen Gutachter mit Recht bescheinigt, dass Sie hervorragende Arbeit leisten. Doch Zeiten ändern sich und wir müssen uns heute dringend fragen, ob wir mit der Arbeit der „Alten Post“ eigentlich die Jugendlichen erreichen, die es nötig haben. Müssen wir nicht ein Netzwerk von Jugendarbeit aufbauen, welches in den Familien beginnt und in dem Kindergarten, Schule, Vereine, Kirchen und die Arbeit der „Alten Post“ integriert sind, um so Ansprechpartner aller Jugendlichen in unserer Stadt zu sein? Hierzu muss meiner Meinung nach ein gewisses Leistungsspektrum durch unser Jugendamt aufgebaut werden. Wer das am Ende dann umsetzt ist im Moment noch zweitrangig.

Ein weiteres Thema welches bei der CDU ganz oben angesiedelt ist, ist die Wirtschaftsförderung und damit die Arbeitsplatzsicherung für unsere Bürger. Über die Bereitstellung von Gewerbeflächen habe ich bereits berichtet. Doch das reicht natürlich nicht aus. Auch Seitens unserer Stadtplanung müssen wir Wege beschreiten, die Handel und Gewerbe entgegenkommen und diese nicht blockieren. Damit wäre ich schon wieder bei unserem Stadtentwicklungskonzept 2015. Industrie und Handel braucht Freiräume, in denen sie sich entwickeln und arbeiten können. Nur so können wir Industrien auch in der Zukunft halten. Das ganze fängt natürlich schon bei unserer Stadtverwaltung an. Hier erwarten wir, dass alles Mögliche unternommen wird, um Unternehmen entgegen zu kommen. Mit unserer Verwaltungsspitze habe ich da aber auch keine Bedenken. Auch seitens der Politik in unserer Stadt muss Einigkeit darüber bestehen, dass Unternehmen Luft zum Atem brauchen. Einführung von bürokratischen Zwängen, Auflagen, hohe Steuern und Abgaben bremsen häufig mehr als dass es Gutes bewirkt. Wenn die Kreativität der Politik, Behörden oder sonstiger Institutionen darin besteht, nur nach neuen Einnahmequellen zu suchen und neue Steuern, Abgaben und Gebühren erfindet, um Defizite im eigenen Wirkungskreis abzudecken, wird mir wirklich Angst um unseren Wirtschaftsstandort in Deutschland. Die Situation in Wadersloh sollte uns Anlass zum Nachdenken sein.

Und was können wir Bürger tun?

Ich denke, das Wichtigste ist, dass wir dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder die bestmögliche Ausbildung bekommen, die sie leisten können und damit unserer Wirtschaft Fachkräfte zur Verfügung stehen, die Sie dringend benötigt.

## Anlage 1 zu Top 8

Verehrte Damen und Herren,  
nachdem ich nun etwas kritisch, vielleicht auch selbstkritisch einige Themen angesprochen habe, die mich berühren, möchte ich nun wieder zum Kern des heutigen Tages zurückkommen, der Verabschiedung des Haushaltes 2006.

Leider ist es in diesem Jahr wiederum so, dass sich unser Verwaltungshaushalt nicht selber tragen kann und durch Transfer aus dem Vermögenshaushalt ausgeglichen wird. Mit gut 3,6 Mio. Euro Defizit liegen wir zwar deutlich niedriger als im letzten Jahr und können dadurch erkennen, dass unsere eingeleiteten Sparmaßnahmen auch greifen. Doch kann uns das natürlich nicht befriedigen. Ich möchte hier aber dringend vor Panikmache warnen. Die Gelder die wir vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt zuführen sind Erlöse aus dem Verkauf von Immobilien und Grundstücken. Diese wurden ehrlicherweise in der Vergangenheit eingekauft und finanziert, um sie dann auch wieder passend zu veräußern. Insofern ist das ein ganz normales Geschäft. Nur dürfen wir dabei nicht vergessen, dass wir alles nur einmal verkaufen können.

Unsere erste Pflicht ist es, weiter nach Möglichkeiten zu suchen, um den Verwaltungshaushalt aus sich heraus auszugleichen. Nur leider sind unsere Stellschrauben da nur sehr gering, weil der überwiegende Anteil der Ausgaben gesetzlich bestimmt - oder kurzfristig nicht änderbar ist. Auch müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass, wenn wir weitere Einsparungen erreichen wollen, den Leistungskatalog unserer Stadt überprüfen müssen. Wir müssen sprechen über Öffnungszeiten von öffentlichen Einrichtungen wie z.B. bei den Bädern, der Bücherei oder dem Bürgerbüro. Die Nutzung unserer öffentlichen Gebäude im Zusammenhang mit bestehenden Mietverträgen muss Thema bleiben. Synergien durch Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Trägern und Institutionen müssen geprüft werden. Und vor allem eines: Wir dürfen den Mut nicht verlieren und müssen an unsere Zukunft glauben!

Der Verwaltungshaushalt hat in diesem Jahr ein Volumen von:  
52.744.460,00 Euro

Der Vermögenshaushalt von:  
9.417.680,00 Euro

Unsere Rücklagen können wir, wenn es planmäßig läuft, auf  
4.668.622,82 Euro  
aufstocken.

Ein Zahlenwerk, was sich für eine Stadt unserer Größenordnung durchaus sehen lassen kann. Die CDU Fraktion hat sich intensiv damit auseinandergesetzt, und wir stellen fest, dass der Haushalt 2006:

- ausgeglichen ist,
- ausgewogen finanziert ist,
- zukunftsorientiert und zukunftsfähig ist,
- sozial ausgewogen ist.

Wir werden diesem Haushalt unsere uneingeschränkte Zustimmung geben.

Zu Schluss bleibt mir nur noch, mich bei unserem Bürgermeister und Herrn Jathe an der Spitze eines ganzen Teams für Ihre Arbeit zu danken. Unermüdlich haben Sie, teilweise in Zusammenarbeit mit der Finanz- und Gebührenkommission, das ganze Jahr daran gearbeitet, für unsere Stadt einen ordentlichen Haushaltsplan aufzustellen. Das erfolgreiche Werk werden wir heute beschließen. Ich darf Sie bitten, den Dank an alle weiterzuleiten.

## **Anlage 1 zu Top 8**

Auch darf ich mich bei allen anderen Fraktionen für die faire und sachdienliche Zusammenarbeit im letzten Jahr bedanken.

Und zum Schluss noch ein schlauer Spruch:  
Wir können den Wind nicht bestimmen,  
aber wir können die Segel richtig setzten.  
Lasst uns gemeinsam daran weiterarbeiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.